

Thema: Mannheimer Erklärung

Der Mannheimer Seniorenrat e.V. ist eine Gründung Mannheimer Bürgerinnen und Bürger und besteht seit 1990. Er versteht sich als eine Organisation, welche sich ausschließlich um die Interessen, Sorgen und Anliegen älterer Menschen kümmert. Er bringt sich aktiv in die Gesellschaft ein. Obwohl ihm Mitglieder von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden angehören, ist er weder parteipolitisch noch konfessionell gebunden.

Wir stehen zum Generationenbündnis als entscheidender Grundlage unserer Gesellschaftsordnung.

Wir sind auch jetzt - im Falle zunehmender Polarisierung in der Meinungsbildung, die bis hin zur Diskriminierung älterer Menschen reicht - dazu aufgerufen, Stellung zu beziehen.

Heute heißt es „Ausplünderung der Jungen durch die Alten“. Hierzu reicht schon eine bescheidene Rentenerhöhung von 6 Euro im Monat für Durchschnittsrentner. Dass diese nach lange andauerndem stetigen Kaufkraftschwund und Nullrunden gezahlt wird, interessiert dabei nicht. Man schämt sich auch nicht, öffentlich und mit viel Getöse den Rentnern, in einer Zeit des Wirtschaftsaufschwungs, ihren Anteil streitig zu machen.

Da wird in einer Zeit sinkender Wahlbeteiligung das Gespenst einer „Rentnerdemokratie“ an die Wand gemalt, nur weil ältere Menschen traditionell ihr Wahlrecht als Wahlpflicht begreifen und noch zur Wahl gehen. Es wird als nationales Unglück begriffen, wenn Menschen heute älter werden als früher.

Gegen diese Angriffe wollen wir uns wehren und einiges ins Gedächtnis rufen.

Jawohl, wir haben einen „demografischen Wandel“ durch eine sinkende Geburtenrate. Dafür sollte man aber doch nicht die Generation verantwortlich machen, welche es mehr als heute, als Aufgabe begriffen hat, trotz düsteren Zukunftsaussichten, eine Familie zu gründen und Kinder in die Welt zu setzen, ungeachtet von Krieg, Bomben und Flüchtlingseleid.

An einem verspäteten Berufseinstieg der Jüngeren und an der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit mit dementsprechend weniger Beitragszahlen und Beitragszeiten in den sozialen Sicherungssystemen sind Senioren auch nicht schuld. Heutige Rentner haben mehrheitlich jünger begonnen, sich eine eigenständige Altersversorgung aufzubauen.

Sie sind in härteren Zeiten aufgewachsen, in denen Armut und Verzicht die Bevölkerung überwiegend betroffen hat. Sie haben sich oft einschränken müssen und länger bei weniger Freizeit dafür gearbeitet, dass es ihren Kindern heute besser geht. Daher sind sie für Bildungsmöglichkeiten eingetreten, von denen ihre Generation nur hätte träumen können.

Die Rentnergeneration, welche in der Nachkriegszeit die Renten für ihre Eltern und Großeltern sicherte, hat nicht gejammert, obwohl es zusätzlich Millionen von Heimatvertriebenen, Kriegerwitwen und Kriegswaisen einen Rentenanspruch zu sichern galt.

Deshalb hat es diese Generation auch nicht verdient, sich wegen ihren Lebensleistungen diffamieren zu lassen.

Heutige Rentner haben zehn so genannte „große“ Rentenreformen überstehen müssen, mit dem Versprechen „Die Rente ist sicher“. Politisch verursachte Verschiebepflicht waren das Ergebnis. Zahlreiche versicherungsfremde Leistungen und Renten wurden an Empfänger geleistet, welche zuvor nicht der Versichertengemeinschaft angehörten und nie Beiträge dafür erbrachten. Zur Finanzierung der sozialen Sicherung wurde die Ökosteuer herangezogen. Es galt

„tanken für die Rente.“ Leistungen wurden gekürzt zur Senkung der Arbeitgeberbeiträge, als Teil der Lohnnebenkostensenkung. Bei gleichzeitigen umfangreichen Frühverrentungen als Mittel zum Personalabbau. Nicht Ursachen, sondern Symptome wurden bekämpft.

Politiker welche versprachen, die Wiedervereinigung aus der Portokasse zu bezahlen, haben dann die Finanzierung ausschließlich den Beitragszahlern überlassen, obwohl es eine gesamtwirtschaftliche und nationale Aufgabe gewesen wäre.

Wer heute in Familien schaut möge doch bitte zur Kenntnis nehmen, dass dort die Solidarität zwischen Alt und Jung, allen Schlagzeilen zum Trotz, funktioniert und den Großeltern das Wohl ihrer Kinder und Kindeskinde am Herzen liegt. Oft durch finanzielle Hilfen wie auch mit Sachleistungen und Betreuungsleistungen für die Enkelgeneration.

Wenn jemand heute für Generationengerechtigkeit streiten müsste, dann sind es aufgrund ihrer Leistungen und Biographien die Älteren, welche derzeit in der Regel von Sparvorschlägen der Politik am härtesten betroffen sind.

Das Verhältnis unter Jung und Alt darf nicht nur auf Materielles reduziert werden. Unser Aufruf geht dahin, dass alle generationenübergreifend dafür arbeiten, dass soziale Spannungen nicht zunehmen.